

Archiv

Verband der Sozialdemokratischen

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

15. SEP. 1965

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/175

Bonn, den 13. September 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	Bundesregierung will Mieter zum Schweigen bringen ----- Skandal ungerechtfertigter Mietpreiserhöhungen soll nicht beim Namen genannt werden	21
1	Paris und Warschau - Verlegenheit der Unionsparteien -----	25
2 - 3a	Die Zeit der großen Schlagworte ist vorüber ----- Lebensnähe und Pragmatismus bestimmen den Wahlkampf Von Günter Markscheffel	108
3a	Wählen Sie bessere Strafen ! ----- Auch das steht am 19. September zur Wahl	29
4	Zuhälter der Gewalt ----- Am 15. 9. 1933 wurden die Rassengesetze verkündet Von Dr. Manfred Gefner	35
5 - 6	Fortschrittliches Leverkusen ----- Interessantes Experiment einer Tagesheimschule Von August Kerger, Bonn	56
6	Niedersachsen gewährt Ausfallbürgerschaft für Erzbergbau ----- Noch bevor in Bonn etwas beschlossen wurde...	24

- + +

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidsstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 219 01 / 319 • Redaktion 218 31 / 32 • Telex: 8 886 890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Bundesregierung will Mieter zum Schweigen bringen

Skandal ungerechtfertigter Mietpreiserhöhungen soll nicht
beim Namen genannt werden

sp - Wenn irgendeine überparteiliche Organisation zu erkennen gibt, sie sei mit den Maßnahmen der jetzt noch amtierenden Bundesregierung einverstanden, erhält sie von CDU/CSU und FDP ein Lob. Wenn jedoch eine überparteiliche Organisation wie z.B. der Mieterbund n a o h - w e i s t , das neue Mietrecht mache viele Mieter vogelfrei und liefere sie jeder Willkür aus, dann ist das für die CDU/CSU ein "Verstoß gegen die Überparteilichkeit und eine Einmischung in den Wahlkampf". Es fehlt nur noch, daß irgendein CDU-Sprecher tönt, die betreffende Organisation habe den Boden des Verfassungsrechtes verlassen. - Dabei braucht sich der Mieterbund garnicht anzustrengen, um den Nachweis für die Richtigkeit seiner Behauptungen zu führen. In B r e m e n z.B. hat der Mieterbund festgestellt, daß innerhalb der Monate Juli und August etwa 1 000 Kündigungen aufgrund der neuen Mietgesetzgebung erfolgt sind. Nach den Feststellungen des Bremer Mietervereins liegen 70,6 Prozent der neuen erhöhten Mietforderungen über 25 Prozent! Es sind sogar Fälle zu verzeichnen, in denen die neuen Mietforderungen 132 Prozent Steigerung betragen.

Wenn eine Organisation wie der Mieterbund zu einer derartigen Entwicklung der Mietpreise schweigen würde, hätte er seine Existenzberechtigung verloren; ganz gleich, wie die jeweilige Regierung zusammengesetzt ist.

+ + +

Paris und Warschau - Verlegenheit der Unionsparteien

sp - Seinen Verehrern in den Unionsparteien hat de Gaulle in den letzten Tagen bittere Stunden bereitet. Er zerstörte liebgewordene Illusionen und erinnerte an einige schmerzliche Realitäten. Darüber hilft keine Schörfärberei hinweg. De Gaulle will kein integriertes Europa; seine Haltung zur EWG stellt vieles von dem bisher Erreichten infrage. - Für uns Deutsche ist aber noch schmerzlicher, was man jetzt in Paris über die von de Gaulle vermeintlich bereits ausgesprochene Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als "Europäische Friedensgrenze" sagt. Wenn es richtig ist, daß der polnische Ministerpräsident dem französischen Staatspräsidenten ohne Widerspruch für die französischerseits anerkannte Regelung der deutschen Ostgrenzen danken dürfte, dann kann er von seinem Paris-Besuch ein kostbares Geschenk mit nach Hause nehmen. - Was ist unter diesen Umständen aus dem einst bejubelten deutsch-französischen Freundschaftsvertrag geworden? Dieser Vertrag sieht vor, daß seine Unterzeichner vor wichtigen, die Lebensinteressen eines der beiden Partner berührenden politischen Festlegungen, sich gegenseitig konsultieren. Das ist hier offensichtlich n i c h t geschehen. Es erhebt sich deshalb die Frage, was Erhard gemeint hat, als er immer wieder erklärte, er sei sich mit de Gaulle in allen wesentlichen Punkten einig? Was hat die Bundesregierung getan, um einer jetzt von dem polnischen Ministerpräsidenten dem französischen Staatspräsidenten unterstellten Haltung entgegenzuwirken? Wir fürchten, sie hat nicht viel getan, zumal das offizielle Bonn zu den Vorgängen in Paris nur platonische Erklärungen abgibt und Außenminister Dr. Schröder sich völlig in Schweigen hüllt.

+ + +

Die Zeit der großen Schlagworte ist vorüber

Lebensnähe und Pragmatismus bestimmen den Wahlkampf

Von Günter Markscheffel

In ausländischen und zum Teil auch in deutschen Zeitungen wird zwar berichtet, daß der Bundestagswahlkampf die Konturen vermissen lasse, und daß der "objektive Beobachter" keine Alternativen bei den Forderungen der Parteien feststellen könne. Wer von einem Wahlkampf in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erwartet, daß Schlagworte, Ideologien und Dogmen die Auseinandersetzungen bestimmen, mag Recht haben. Die Wirklichkeit ist jedoch ganz anders. Außer den Großveranstaltungen der Parteien mit ihren Spitzenrednern gibt es landauf landab unzählige Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Kandidaten, von denen sehr nüchterne Bürger verlangen, daß sie sich mit realisierbaren Programmen vorstellen.

Jeder lebensnahe Politiker legt deshalb heute Wert darauf, nicht als Dogmatiker oder Ideologe zu gelten. Er gibt sich als Pragmatiker, d.h. als ein Mann, der seine politischen Ansichten und Forderungen an den Erfordernissen des Tages orientiert. Auf diese Weise stellt sich heute die Politik in allen modernen Staaten als wirklichkeitsnah dar. Im Gegensatz zu früheren Zeiten ergibt sich aus dieser Wandlung, daß ideologisch verbrämte Schlagworte immer weniger gefragt sind und daß Politiker, die sich auf Dogmen berufen, immer häufiger isoliert von der Masse bleiben.

Die Entideologisierung der Politik ist keineswegs etwas Gewolltes. Sie hat sich als zwingende Notwendigkeit erwiesen, seitdem Begriffe wie "Kapitalismus", "Sozialismus", "Kommunismus" oder gar "Christliche Politik" in immer neuen Varianten und Auslegungsmöglichkeiten die Diskussion um das Wesen der Politik beleben.

* * *

Während man noch vor zwanzig Jahren sagen konnte, "Kommunismus" sei nicht nur eine bestimmte politisch-ökonomische Lehrmeinung, sondern präsentierte sich auch in einer größeren Gruppe von Staaten mit kommunistischen Regierungen, sind heute sowohl die Lehrmeinungen als auch die kommunistischen Staatsführungen in der praktischen Politik sehr differenziert. Es gibt heute einen kommunistischen Block weder im ideologischen noch im machtpolitischen Sinne. Die chinesischen Kommunisten sind anders als die der Sowjetunion. Die ungarischen Kommunisten sind wieder anders als die rumänischen, polnischen oder jugoslawischen Kommunisten. Noch differenzierter erscheint das, was man "Kommunismus" nennt, im Bereich der kommunistischen Parteien der westlichen Welt. Ein Vergleich etwa zwischen den italienischen, englischen oder französischen Kommunisten führt zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen.

* * *

Ein ähnlicher Wandel hat sich in bezug auf die noch vor einigen Jahrzehnten verhältnismäßig starre Vorstellung vom "Kapitalismus" vollzogen. Es gibt heute nicht nur einen sogenannten aufgeklärten Kapitalismus, sondern auch eine starke Unterscheidung zwischen den Methoden des - wie auch immer gewerteten - Kapitalismus selbst. "Kapitalismus" war in die Jahrhundertwende und auch noch später in vielen Ländern der Ausdruck des praktisierten Liberalismus in allen Lebensbereichen. Typisch dafür ist ein Mann wie Professor Erhard, der möglicherweise heute noch glaubt, die sogenannte freie Marktwirtschaft könne alle ökonomischen und menschlichen Probleme lösen.

Im "kapitalistischen" Frankreich kennt man schon seit vielen Jahren die zielbewußte staatliche Planwirtschaft, zu der sich selbstverständlich

die Planwirtschaft im privaten Bereich der Unternehmen gesellt. Wieder eine andere Form des Kapitalismus entwickelt sich in den Vereinigten Staaten. Hier betet man zwar offiziell noch das vermeintlich freie Unternehmertum an, hat jedoch in der Steuergesetzgebung, in der Raumplanung und sogar in ganzen Industriezweigen planwirtschaftliche Methoden entwickelt, deren Ausmaß von der nüchternen Überlegung bestimmt wird, wie die Armut und andere gesellschaftliche Notstände überwunden werden können. In Italien bahnt sich ein ähnlicher Prozeß an.

* * *

Der klassische, d.h. der demokratische Sozialismus hat in allen Kulturstaaten der Welt schon seit Jahrzehnten den Dogmatismus der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts überwunden. Die sozialdemokratischen Parteien können daher als Schrittmacher des Pragmatismus in der Politik bezeichnet werden. Sie stellen die Freiheit und die Würde des Menschen an die Spitze aller politischen und ökonomischen Überlegungen, lassen den freien Kräften großen Spielraum und beeinflussen das gesellschaftliche und ökonomische Leben in Staaten, in denen sie regieren, im Sinne der Erfordernisse des gesellschaftlichen Fortschritts. Daß hierbei die Erfüllung der Gemeinschaftsaufgaben als Maßstab für eine gute oder schlechte Politik angelegt wird, ist eine Selbstverständlichkeit.

Aber auch der demokratische Sozialismus kennt Differenzierungen. Die Voraussetzungen, unter denen er in diesem oder jenem Land praktische Politik machen kann, sind sehr unterschiedlich. Was in Deutschland als vordringlich zu lösende Aufgabe erscheint, muß nicht dasselbe sein wie etwa in Italien, Neuseeland oder Schweden. Jedes Land hat beim Übergang zur Industriegesellschaft seine eigenen gesellschaftlichen und ökonomischen Startbedingungen gehabt. Der demokratische Sozialismus respektiert diese und orientiert sich in der politischen Praxis an ihnen.

* * *

Im Bereich der "Christlichen Politik" wird ebenfalls der Pragmatismus immer deutlicher. Das hängt nicht nur damit zusammen, daß sich die großen katholischen und protestantischen Glaubensgemeinschaften einander anzunähern beginnen; Katholizismus und Protestantismus haben es auch aufgegeben, ein nur sich selbst kennendes Privateigentum als der Weisheit letzten Schluß zu betrachten. Die Soziallehren beider Konfessionen berücksichtigen im letzten Jahrzehnt immer mehr die Tatsache, daß die Gesellschaft nur "gut" - gerade im christlichen Sinne - sein kann, wenn die arbeitenden Menschen einen gerechten Anteil an der ökonomischen Leistung eines ganzen Volkes haben. Dies zu erreichen, ist weder mit engem Dogmatismus noch mit einer Ideologie möglich, die z.B. den Obrigkeitsstaat anerkennen würde oder jede politische Fehlleistung der Gesellschaft als von Gott gegeben hinnähme.

* * *

Der Prozeß der Pragmatisierung der Politik ist unaufhaltsam, weil die großen, die Welt bewegenden Denkkategorien sich selbst dauernd korrigieren und in der pluralistischen Gesellschaft keinen Bestand haben können, wenn sie von vornherein annehmen, daß nur ihre Geisteshaltung der Welt dierlich sei. Im übertragenen Sinne bedeutet dies - auch angewandt auf den latenten Konflikt zwischen unserer freiheitlichen Welt und der Welt der Diktaturen -, daß angesichts der in beiden "Lagern" vorhandenen gewaltigen Zerstörungsmittel die geistige Konkurrenzfähigkeit entscheidender ist als das Machtpotential der brutalen Gewalt. Diese Feststellung

verniedlicht nicht die Versuche der einen oder anderen Seite, doch mit Gewalt gewisse Vorteile zu erzwingen. Da aber im Gegenstoß die möglicherweise mühsam errungenen Vorteile wieder aufgehoben werden, setzt sich auch hier der Prozeß der Pragmatisierung in der Politik durch.

Auf eine einfache Formel gebracht, bedeutet dies alles: Politisch wirksam sein heißt heute, alles daran zu setzen, um verhindern zu können, daß die Menschheit mit den ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln Dummheiten begeht. Das wiederum erfordert: die Politik weiter zu entdogmatisieren und zu entideologisieren. Die Zeit großer Schlagworte, an denen sich unsere Großväter aller geistigen Familien berauschten, ist vorüber.

Wählen Sie bessere Straßen!

Auch das steht am 19. September zur Wahl

S.P.O. - Es ist ein offenes Geheimnis: unsere Straßen sind miserabel. Das ist nicht etwa die Schuld der Straßenbenutzer. Es ist ebensowenig die Schuld der Straßenhersteller. In Gegenteil: Autofahrer und Straßenbauarbeiter haben ein durchaus gleichgelagertes Interesse. Sie wollen beide, daß der Straßenbau endlich forciert wird. Bauindustrie und Baugewerkschaft haben in den letzten Monaten mehrfach gefordert, die öffentliche Hand solle mehr Geld für den Straßenbau bewilligen und das bewilligte Geld schneller bereitstellen.

Versagt haben nicht die Auto- und Mopedfahrer. Versagt haben nicht die Radfahrer oder die Fußgänger. Versagt haben nicht die Straßenbauarbeiter und die Straßenbaufirmen. Versagt haben die Straßenplaner. Versagt hat die Bundesregierung.

Wenn sich zu Ostern, zu Pfingsten und zum Ferienbeginn lange Autoschlängeln im ersten Gang gährend langsam über die Autobahnen quälen, wenn sich am Urlaubsende die gleiche Qual in umgekehrter Richtung vollzieht, dann hört man keineswegs nur sanfte Seufzer, sondern - verständlicherweise - mancher deutschen Kernspruch. Mit Recht. Denn der Schlenker des Bundesverkehrsministers ist einfach nicht mehr zu überbieten. Zahllose Verkehrstote und unzählige Verletzte sprechen eine erschütternde Sprache; von verplempertem Benzin, verträdelter Zeit und versenkter Tempoleistung des Fahrzeuges ganz zu schweigen.

Falls Sie am 19. September mit dem Auto zur Wahl fahren sollten, (Sie werden ja zweifellos wählen wollen), dann wünschen wir Ihnen: Freie Fahrt! Hoffentlich kommen Sie gut voran. Hoffentlich müssen Sie nicht durch zu viele Schlaglöcher. Hoffentlich finden Sie einen Parkplatz.

Geben Sie der Bundesregierung die Quittung für die schier unaußzählbaren Versäumnisse und Fehlplanungen im Straßenbau. Wählen Sie am 19. September bessere Straßen!

Zuhälter der Gewalt

Am 15. September 1935 wurden die Rassengesetze
von Nürnberg verkündet

Von Dr. Manfred Geßner

Die "Nürnberger Gesetze", die der Parteitag der NSDAP am 15. September 1935 verkündet hatte, waren weder Anfang noch Ende der nationalsozialistischen Judenverfolgung: Indem sie unseren jüdischen Mitbürgern das Staatsbürgerrecht absprachen, diffamierten sie diese Gruppe unseres Volkes als "Fremdkörper". Auf diese Weise versuchten die Nazis die Tatsache zu vertuschen, daß sich ihre großangelegten Maßnahmen zur millionenfachen Ausrottung von Menschenleben gegen deutsche Bürger richteten.

Diese Gesetze waren dazu bestimmt, die zwar primitive aber folgenschwere NS-Rassenlehre in ein "juristisches" Gewand zu kleiden. Deren Kommentierung war daher weniger eine Gesetzesauslegung als vielmehr die Interpretation einer verbrecherischen Ideologie. Daß einer ihrer Kommentatoren jahrelang als Staatssekretär im Bundeskanzleramt ausharren konnte, hat dem Ansehen der Bundesrepublik schweren Schaden zugefügt und den Verdacht im Ausland genährt, in Deutschland nähme man es mit der Bewältigung der Vergangenheit nicht ernst; insbesondere, da sich die Fälle häuften, daß ehemalige hohe Nazis mit schmutziger Weste in gehobenen Ämtern ein mehr als auskömmliches Leben führen konnten, während man die Mitläufer und die vom Naziregime Erpressten "zurückstufte".

Nach dem zweiten Weltkrieg waren Millionen Deutsche von der Hoffnung beseelt, daß jenes Kapitel im Buch unserer Geschichte über den staatlich organisierten Massenmord keine Fortsetzung erfahren würde. Der Wunsch, zumindest in Europa die Schranken zwischen Rassen und Staaten ein für allemal zu beseitigen, war ein folgerichtiger Gedanke. Denn daß der überschäumende Nationalismus eine Quelle der Verbrechen in den Konzentrationslagern war, rückt immer stärker in das Bewusstsein der Bürger.

Wenn es eine Lehre gibt, die in Erinnerung an den 15. September 1935 gezogen werden kann, so ist es die: Das Europa von heute muß jede Form von überheblichem Nationalismus ablehnen und an seine Stelle den Kampf um die Überwindung von Vorurteilen jeglicher Art setzen. Erst dann werden wir in Europa von dem Alpdruck der Vergangenheit befreit sein.

Fortschrittliches Leverkusen

Das interessante Experiment einer Tagesheimschule

Von August Karger, Bonn.

In Leverkusen, einer der jüngsten der meisten deutschen Großstädte, die unter sozialdemokratischer Führung stehen, begann vor einigen Wochen ein interessantes pädagogisches Experiment mit der Eröffnung einer Tagesheimschule. - Was hat es mit diesem Schulversuch auf sich? Er soll klären

1. Wie sich der Anfangsunterricht des ersten und zweiten Schuljahres auf die Fünf-Tage-Woche übertragen läßt, ohne daß die Kinder ganztägig an der Schule verbleiben.
2. Welche unterrichtlichen und erzieherischen Formen und organisatorischen Maßnahmen sich am besten zur Erfüllung des Auftrages einer Tagesheimschule für die Klassen 3 bis 9 eignen.
3. Wieviele Lehrer und Erzieher gebraucht werden, wenn man berücksichtigt, daß in den nächsten Jahren weiterhin Mangel an Lehrern herrschen wird.
4. Wie die neben und mit den Lehrern arbeitenden Erzieher und Erzieherinnen, die aus verschiedenen Grundberufen kommen, ausgebildet werden müssen.
5. Mit welchem zusätzlichen Raum- und Sachbedarf eine Normalschule zu einem geeigneten Haus für eine Tagesheimschule zu erweitern ist.

Diese Tagesheimschule wurde errichtet, nachdem die Eltern der Gemeinschaftsschule Leverkusen-Wiesdorf einen entsprechenden Antrag an den Rat der Stadt gestellt hatten. Nach Ausbau dieser Schule zur Tagesheimschule ist die Gemeinschaftsschule in Wiesdorf nicht mehr bezirksgebunden, sondern Angebotsschule für das ganze Stadtgebiet Leverkusen.

Die Schulwoche paßt sich der Fünf-Tage-Woche an. Die Schuljahre 1 und 2 sind noch nicht in den Tagesheimschulbetrieb einbezogen. Fast 300 Schüler der Klassen 3 bis 8 verbleiben von 8.00 bis 15.30 Uhr in der Schule. Auf Wunsch der Eltern kann die Schulbesuchsdauer bis 16.15 Uhr ausgedehnt werden. 200 Kinder nehmen an Mittagessen teil.

Der Stundenplan geht von der Doppelstunde mit 2 x 40 Minuten als grundlegender Zeiteinheit für den Unterricht aus. Die früheren "Hausaufgaben" als Vertiefung und Übung werden der Stufe der Erarbeitung angehängt; sie sind Teil des Unterrichtes.

Aufgaben der mündlichen Vorbereitung und des Wiederholens sollen jedoch weiterhin in begrenztem Umfang in häuslicher Arbeit erledigt werden.

Die Kinder nehmen zum Wochenende ihre Hefte mit nach Hause, damit die Eltern Gelegenheit haben, Kontakt mit der Arbeit ihrer Kinder halten zu können. Die tägliche sportliche Betätigung wird angestrebt. Um die Kräfte des Gemütes und die sozialen Integrationskräfte im Kinde zu stärken, sind über den Normalstundenplan hinaus Arbeitsgemeinschaften für Musik, Werken, textiles Gestalten, Fotografieren, Schachspiel, Kurse in erster Hilfe und Kochen für Jungen vorgesehen.

Interessant ist die Zusammensetzung der pädagogischen Kräfte, die mit den nach dem Normalstellenplan vorhandenen Lehrern zusammenarbeiten:

- * Zwei Erzieher mit sozialpädagogischer Ausbildung,
- * zwei Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen mit Werklehrerexamen,

- * ein Katechet mit Jugendleiteraus-
bildung und
- * eine Sportlehrerin mit kaufmännischer
Ausbildung.

Die Errichtung der Tagesheimschule wurde vom Kultusministerium als Schulversuch genehmigt; es ist der zweite Versuch an einer Volksschule in Nordrhein-Westfalen. Ferner hat der Kultusminister des Landes der Stadt Leverkusen zugesagt, den Ausbau von drei weiteren Volksschulen zu Tagesheimschulen zu genehmigen. Wie sehr der Gedanke der Tagesheimschule in Leverkusen schon verbreitet ist, zeigen die Anträge der Eltern der Sonderschule für lernbehinderte Kinder, des Realschulaufbauzuges und einer größeren katholischen Konfessionsschule, ihre Schulen zu Tagesheimschulen auszubauen.

+ + +

Niedersachsen gewährt Ausfallbürgschaft für Erzbergbau

Noch bevor in Bonn etwas beschlossen wurde...

sp - Die niedersächsische Landesregierung (SPD/CDU-Koalition) ist bestrebt, ihren hart angeschlagenen Eisenerzbergbau mit aller Konsequenz zu erhalten. Aus Niedersachsen kommen heute mehr als die Hälfte der westdeutschen Erzförderung. Um der bundeseigenen Salzgitter AG, in deren Besitz sich die größten Erzfelder befinden, wenigstens eine Hilfe zuteil werden zu lassen, beschloß die Landesregierung in Hannover, dem Unternehmen eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 52 Millionen DM zur Verfügung zu stellen.

Das geschah, bevor die Bundesregierung Stützungsmaßnahmen für das Inlandserz in die Wege leitete. Wochenlang blieben Eingaben aus den Erzgebieten in Bonn ohne Echo. In der Zwischenzeit aber dauerten die Absatzschwierigkeiten in den Erzzentren, besonders in Niedersachsen, an.

Die niedersächsische Landesregierung, deren Angebot, sich an der Kapitalaufstockung des bundeseigenen Salzgitter-Konzerns zu beteiligen, bereits vor längerer Zeit von der Bundesregierung verworfen worden war, obwohl Bonn dem Unternehmen nicht sofort das erforderliche Eigenkapital zuführte, will offensichtlich nicht länger warten, bis man sich in Bonn zu aktiven Hilfen für das Inlandserz entschließt. In Hannover sieht man aber z.Z. keine andere Möglichkeit, als auf dem Wege über Ausfallbürgschaften den Unternehmen an der Zonengrenze zu helfen, wobei man davon ausgeht, daß jede weitere Verschärfung der Absatzschwierigkeiten des Erzes die Liquidität erheblich unterhöht. Das sollte die Bundesregierung endlich veranlassen, die geforderten Stützungsmaßnahmen für das Inlandserz folgen zu lassen.

+ + +